

Auswertung des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Nur mit Grün wird Zukunft draus.“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• **Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:**

„Darüber hinaus streben wir eine faire und transparente Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt an.“

• **Konkrete Vorhaben:**

- die Partei stehe für eine Politik, in der junge Menschen unabhängig von Herkunft und Einkommen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen sollen
- Sachsen-Anhalt soll zu einem Land gemacht werden, in dem alle jungen Menschen gesund aufwachsen können, in dem sie wirksam vor Gewalt geschützt sind, in dem sie Mitsprache in Kita, Schule und Politik haben, ihre persönlichen Potentiale entfalten können und eine lebenswerte Zukunft sehen
- Bekämpfung von Kinderarmut soll priorisiert werden u.a. durch Auflage landeseigener Ergänzungsprogramme; die Forderungen des Netzwerkes gegen Kinderarmut und der Landesarmutskonferenz sollen aufgegriffen und in einem Landesaktionsplan überführt werden, u.a. mit konsequenter Armut- und Reichtumsberichterstattung, **verlässlicher Finanzierung der Kita- und Schulsozialarbeit**, der Jugendfreizeiten und einer Unterstützung für Familienurlaube
- vorgesehen ist eine **Lernmittelfreiheit für alle Schüler**
- Beteiligungsrechte von Kindern sollen in der Landesverfassung verankert werden - **alle Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention gehören in die Landesverfassung**
- die personelle und finanzielle Ausstattung der Jugendämter soll gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen, Schulen und Jugendhilfe verbessert werden - Schaffung „kommunaler Präventionsketten“
- die Beteiligungsrechte junger Menschen soll auch in der Kommunalverfassung geschärft und verbindlich geregelt werden - angestrebt wird ein **„Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände“**; auf Landesebene sollen sich Schüler z.B. an einer ständigen Lehrplankommission beteiligen können

- **der Schulsport kann einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung bei jungen Menschen leisten, wenn er nicht weiterhin primär an Leistungen und Noten ausgerichtet wird:** körperbezogene Ansätze zum Stressmanagement, zur Achtsamkeit und Entspannung sollen Bestandteil des Sportunterrichts werden
- nach der Landtagswahl soll das **Programm „Kita STABIL“** in eine langfristige und strukturelle Verbesserung der Personalsituation überführt werden (u.a. durch Anhebung der Mindestpersonalschlüssel); Erzieher*innen sollen besser bezahlt und von bürokratischen Aufgaben entlastet werden; Erzieher*innen im Anerkennungsjahr sollen unabhängig von der Trägerschaft angemessen vergütet werden
- mit dem **Programm „Heimat Kita“** soll das Land eine Kindertagesbetreuung in derselben Ortschaft oder in einer maximal 15minütigen Entfernung sicher gestellt werden
- landesweit soll an Kitas eine **verbindliche Sprachstandsfeststellung** eingeführt werden
- Kitas sollen zur „Kinderstube der Demokratie“ gemacht werden
- kleine Grundschulen in ländlichen Räumen sollen erhalten bleiben → dafür soll der Sonderstatus **„Dorfgrundschule“** geschaffen und modellhaft Lösungen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht, digitaler Unterstützung und multi-professionellen Schulteams entwickelt werden → Kommunen könnten Schulgebäude auch zu Orten der Gemeinschaft für alle (nach dem Unterricht) entwickeln
- sinkende Schülerzahlen sollen zu besserer Bildung durch kleinere Klassen, intensiverer Betreuung und mehr Bildungsqualität führen
- **Ganztagsschulen sollen flächendeckend ausgebaut werden:** dabei sollen Angebote von Volkshochschulen, Musikschulen, Sportvereinen sowie aus dem Ehrenamt eingebunden werden
- **an allen weiterführenden Schulen** soll unabhängig von der Schulform eine **Berufs- und Studienorientierung** angeboten werden
- Zugang zu Lernmitteln, gesundem Mittagessen und Menstruationsprodukten in der Schule soll kostenfrei sein
- der **gemeinsame Unterricht** von Kindern mit und ohne Behinderung soll **zum Normalfall** gemacht, die **Zahl der Förderschulen deutlich reduziert** und die Voraussetzungen für inklusiven Unterricht an allen Schulen geschaffen werden → mit der vollständigen Abschaffung der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen soll begonnen werden
- Schüler, die aufgrund eines Förderbedarfs auf Unterstützung angewiesen sind, sollen diese durch qualifizierte Schulbegleiter erhalten, ebenso bei einem Hortbesuch

- um mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen, soll zunächst die **gemeinsame Grundschulzeit bis zur 6. Klasse** verlängert werden - langfristig sollen **alle Kinder von der ersten bis zur 10. Klasse in einer Schule oder in einem Schulcampus** gemeinsam lernen können
- die flexible Schuleingangsphase soll gestärkt werden: dort sollen Kinder in altersgemischten Gruppen lernen und entsprechend ihrer Entwicklung zwei bis drei Jahre verweilen ohne Leistungsdruck durch Sitzenbleiben
- **Sekundarschulen sollen abgeschafft werden, stattdessen soll es in Sachsen-Anhalt neben Gymnasien vor allem Gemeinschaftsschulen geben** - an jeder Gemeinschaftsschule soll es eine gymnasiale Oberstufe geben
- in die gymnasiale Oberstufe sollen Leistungskurse in Geisteswissenschaften eingeführt werden
- **das Abitur soll wieder nach 13 Schuljahren (G 9) abgelegt werden**, damit die Schüler mehr Zeit für ihre persönliche Entwicklung und für außerschulisches Engagement haben
- die Benotungen im Schulbetrieb sollen deutlich verringert werden, dafür Ersatz durch dialogorientierte Rückmeldeformate; in **Neigungs- und Talentfächern sollen Noten generell abgeschafft werden**
- das sog. „**Sitzen bleiben**“ soll im Wesentlichen eine **freiwillige und individuelle Entscheidung der Schüler und Eltern werden**
- für Lehrkräfte wird ein verpflichtendes Arbeitszeitkonto gefordert
- in multiprofessionellen Teams sollen Schulsozialarbeiter, IT-Fachkräfte, Schulpsychologen und Verwaltungskräfte Aufgaben übernehmen können, mit denen Lehrkräfte entlastet werden
- vorgesehen ist die Einführung professioneller Beratungs- und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte (Supervision)
- Seiteneinsteiger sollen durch eine qualifizierte berufsbegleitende Ausbildung gefördert werden - sie sollen auch als Ein-Fach-Lehrkraft zugelassen werden
- (staatliche?) Lehrkräfte, die in strukturschwachen Regionen, stark belasteten Schulformen oder in Mangelfächern unterrichten, sollen auf ihr Gehalt **für mindestens 5 Jahre Sonderzuschläge** erhalten
- die (staatlichen?) Schule sollen über flexiblere Unterrichtsmodelle und Schulbudgets, die von der Schulleitung eigenständig verwaltet werden, mehr Eigenverantwortung erhalten
- die Grünen setzen sich für die **Einführung eines generalisierten Lehramtes für weiterführende Schulen (Stufenlehramt)** ein, außerdem für die Entwicklung eines neuen Primärstufenlehramts für das Grundschulalter - Lehrkräfte sollen auf inklusives Lernen vorbereitet werden

- zumindest für die Fächer Kunst, Musik und Sport soll das Ein-Fach-Lehramt eingeführt werden - dies würde auch die Einstellung internationaler Lehrkräfte erleichtern
- sowohl an den Universitäten in Halle und in Magdeburg soll das duale Lehramtsstudium ausgebaut bzw. neu angeboten werden
- im Referendariat sollen die Lehrkräfte in der Ausbildung höher bezahlt und besser betreut werden
- **die Investitionen in Schulgebäude und deren Ausstattung sollen deutlich erhöht werden, dafür Initiierung eines umfassenden Schulbauprogrammes**
- als Sofortprogramm soll eine „Schulklo-Offensive“ gestartet werden
- es soll ein **landesspezifischer Sozialindex** eingeführt werden, um zusätzliche finanzielle Mittel an **Schulen mit besonderen Herausforderungen** verteilen zu können
- die finanziellen Mittel für Inklusion „im allgemeinen Schulsystem“ sollen deutlich aufgestockt werden
- gefordert wird die flächendeckende Wiedereinführung von Schulsekretariaten
- die mobile Jugendarbeit und die **Schulsozialarbeit** sollen massiv gestärkt werden
- das „Startchancenprogramm“ (Anmerkung: woran bislang die freien Schulen nicht beteiligt werden) soll deutlich ausgeweitet werden
- in den Landkreisen und kreisfreien Städten soll ein Schulpsychologen-Pool aufgebaut werden
- aktuelle Regelungen zur Suspendierung von Schülern sollen entschärft werden
- verschuldete Kommunen sollen über einen neu einzurichtenden Nothilfefonds ihren Anteil an der Schulsozialarbeit zahlen können
- beabsichtigt die Etablierung eines Landesaktionsprogramms gegen Mobbing (Verankerung im Schulgesetz); jährlich soll ein Anti-Mobbing-Tag stattfinden
- **Priorität hat der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur an allen Schulen**, dazu sollen u.a. ein schnelles Internet, WLAN für alle, digitale Tafeln + ausreichend Endgeräte für Schüler und Lehrkräfte gehören
- ebenso werden **pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien** und mehr Fortbildungen hierzu für Lehrkräfte benötigt
- **an jeder Schule soll es IT- und Digitalassistenten** geben, dazu soll die bereits etablierte Digitalassistenten im LISA verstetigt werden

- digitale Anwendungen sollen als Ergänzung zum Lernen in den Schulen eingesetzt, **digitale Lernangebote gleichwertig zu konventionellen Methoden** bereitgestellt werden
- alle **Kinder mit Migrationshintergrund** im Land sollen umgehend schulpflichtig werden und sollen **so schnell wie möglich in Regelklassen** integriert werden
- es sollen mehr Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache an den Schulen bereitgestellt werden
- außerdem sollen Sprach- und Kulturmittler an den Schulen eingesetzt werden, um die Kommunikation zwischen Schulen, Schülern und Eltern zu verbessern; weiterhin sollen für Eltern mit Migrationshintergrund mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote an den Schulen geschaffen werden
- Kinder sollen vor Diskriminierung, Mobbing, Rassismus + Queerfeindlichkeit an allen Schulen geschützt werden; **Netzwerke wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sollen gestärkt werden**
- für Schulen soll eine unabhängige **landesweite Ombudsstelle gegen Diskriminierung und Übergriffe jeglicher Art** geschaffen werden, an die sich Schüler, Eltern und Lehrkräfte zur Meldung von Vorfällen und zur Beratung wenden können
- Demokratiebildung soll als zentrales Leitprinzip fächerübergreifend in den Schulalltag integriert werden
- Nach dem Vorbild Baden-Württembergs soll das **Unterrichtsfach „Informatik und Medienbildung“** an allen allgemeinbildenden Schulen durchgängig in den Klassenstufen 5 bis 10 (bzw. 11) angeboten werden
- Klima, Ernährung und Landwirtschaft sowie Nachhaltigkeit müssen über **„Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“** einen festen Platz im Schuljahresplan erhalten (fächerübergreifender Lehrinhalt) – Schulträger, die BNE anbieten, sollen finanziell besser ausgestattet werden
- das etablierte LISA-Projekt KreaS (Kultur regional engagiert aktivieren durch Schule) soll dauerhaft abgesichert werden
- gefördert werden sollen Schulgärten, grüne Klassenzimmer im Freien sowie das Einrichten von Schulküchen

2. Arbeitsmarktförderung, Integration, Bürokratieabbau

- Auszubildende sollen eine tariflich gebundene Ausbildungsvergütung erhalten
- geplant ist die Einführung einer einmaligen Ausbildungsstarthilfe in Anlehnung an die Studienstarthilfe des Bundes
- der Bau von Wohnheimen für Auszubildende soll unterstützt werden

- die Berufsschulstandorte im ganzen Land sollen erhalten werden; es soll so viel Unterricht wie möglich in der Nähe zum Ausbildungsbetrieb abgesichert werden, Unterricht in anderen Bundesländern soll nur für Fachspezifika erfolgen
- jede Berufsschule soll eine feste Stelle für Schulsozialarbeit erhalten
- der Partei ist der **Erhalt und Ausbau rechtskreisübergreifender Jugendberufsagenturen im ganzen Land** ein zentrales Anliegen
- besonders benachteiligte Jugendliche sollen durch **stärkere sozialpädagogische Begleitung** unterstützt werden
- Schulen, Betriebe, Jobcenter und Jugendhilfe sollen sich stärker vernetzen
- überbetriebliche Ausbildungsverbünde (insbesondere in Klimaberufen) sollen gezielt unterstützt werden, um Fachkräfte für zukunftssträchtige Berufe auszubilden
- Volkshochschulen und freie Träger der Erwachsenenbildung sollen als unverzichtbare Anlaufstellen gestärkt werden; insbesondere in ländlichen Gebieten sollen Bildungsangebote ausgebaut werden (auch mit digitalen + hybriden Formaten)
- die gesetzlichen Voraussetzungen für den **Bildungsurlaub** sollen in einem neuen Bildungszeitgesetz gestärkt werden; für den Bildungsurlaub sollen auch politische und kulturelle Bildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung anerkannt werden – dafür sollen die Beschäftigungsstellen eine Pauschale als Ersatz für die Lohnfortzahlung erhalten, zudem soll ein Härtefallfonds eingeführt werden, über den die Kursgebühren übernommen werden können
- Alphabetisierungs- und Grundbildungsprogramme sollen ausgeweitet werden, ebenso der zweite Bildungsweg zum Nachholen von Schulabschlüssen
- für Zugewanderte ist die **sprachliche Weiterbildung** der Schlüssel zur Arbeitsmarktintegration – deshalb sollen Deutschkurse (auch berufsbegleitend) gestärkt und mehr flexible Sprachlernangebote für Migranten vorgehalten werden
- Tarifbindung soll durch das bestehende Tariftreue- und Vergabegesetz weiter gestärkt werden, ebenso die Entgelttransparenz
- es soll eine Ausbildungsgarantie erreicht werden
- die **Integration von Langzeitarbeitslosen** soll **über soziale Arbeitsmärkte** deutlich gestärkt werden
- soziale Berufe sollen durch bessere Personalschlüssel sowie durch Unterstützung bei der Refinanzierung von Tariflöhnen gestärkt werden

- in Sachsen-Anhalt soll eine **echte Willkommens- und Ankommenskultur** geschaffen werden – die Menschen sollen vom ersten Tag an Zugang zu Informationen, rechtliche Klarheit und gute Beratung bekommen
- es soll eine aktive und **klug gestaltete Zuwanderungspolitik** umgesetzt werden, um die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes langfristig zu sichern
- Ausländerbehörden sollen besser ausgestattet und konzeptionell zu Migrationszentren weiterentwickelt werden
- **Sprachkurse sollen ab dem ersten Tag zugänglich sein, ein verlässlicher und bedarfsgerechter Sprachunterricht soll landesweit garantiert werden**
- **die Teilnahme am Sprachunterricht soll verpflichtend sein und nötigenfalls auch durchgesetzt werden**
- Zugänge zu Jobs, Praktika, Qualifizierung und Anerkennungsberatung sollen so früh wie möglich geöffnet werden; **Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen sollen schneller und digitaler gestaltet werden**
- **Förderprogramme und Unterstützungsangebote zur Integration auf dem Arbeitsmarkt sollen verstetigt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden**

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- **in allen Ausbildungsberufen ist die generelle Schulgeldfreiheit das Ziel, insbesondere bei den Gesundheitsberufen, wo das Schulgeld komplett abgeschafft werden soll**
- die **Gesundheits- und Pflegeberufe** sollen professionalisiert und aufgewertet werden, **die Akademisierung dieser Berufe soll vorangebracht werden**
- die Rekommunalisierung von Krankenhäusern soll unterstützt werden
- insbesondere die ambulante und stationäre geburtshilfliche Versorgung und die Kinderheilkunde soll gesichert werden
- kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sollen ausgebaut werden
- Ansätze wie die Gemeindenotfallsanitäter und Tele-Notärzte im Rettungsdienst sollen unterstützt werden
- Migration stellt eine essenzielle Stütze für das Gesundheitssystem dar, weshalb das Gesundheitswesen diversitätssensibler gestaltet werden müsse

- Prävention und Gesundheitsförderung sollen als Querschnittsthemen in Studium und Ausbildungsberufen aller Gesundheitsberufe verankert werden
- es soll ein Landeszentrum für angewandte Telemedizin und -pflege gegründet werden
- es soll gesetzlich eine professionelle Pflegeselbstvertretung auf den Weg gebracht werden (freiwillige Mitgliedschaft), die u.a. Berufs- und Fortbildungsordnungen entwickeln soll („Pflege auf Augenhöhe mit der Ärzteschaft“)